

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 6038/39,  
Telefax: 686846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64



## Inhalt

Prof. Dr. Horst Ehmke  
MdB zum Bonner Um-  
gang mit der Golfkrise:  
Kohl möchte die Frage  
von Krieg und Frieden  
aussitzen.

Seite 1

Dr. Hans-Jochen Vogel  
MdB zur Gründung der  
Generalkommission  
der Gewerkschaften  
Deutschlands vor 100  
Jahren: Gemeinsam,  
an der Fortentwicklung  
der Gesellschaft arbei-  
ten.

Seite 3

### Dokumentation

Dr. Hermann Scheer  
MdB hielt zum Ab-  
schied von Egon Bahr  
aus dem Deutschen  
Bundestag eine Rede,  
die wir im Wortlaut ver-  
öffentlichen: "... gleich-  
zeitig war er ein mei-  
sterhafter politischer  
Agitator".

Seite 4

45. Jahrgang / 219

15. November 1990

### Kohl möchte die Frage von Krieg und Frieden aussitzen Zum Bonner Umgang mit der Golfkrise

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist Willy Brandt's Verdienst, die Frage der Geiseln im Irak und des Friedens im Nahen Osten in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt zu haben.

Die Bundesregierung hat sich um diese Fragen gedrückt und möchte das gerne auch weiter tun. Herr Kohl möchte gerne weiter die deutsche Einheit feiern, die ihm wie uns durch Gorbatschow und die Frauen und Männer des deutschen Aufbegehrens gegen die SED und ihre Blockparteien in den Schoß gefallen ist. Die Frage der Geiseln und die Frage von Krieg oder Frieden im Nahen Osten möchte der Kanzler aber nun doch lieber aussitzen. Dafür beruft man sich in der Koalition auf die internationale Solidarität. Sehr zu Unrecht. Denn die internationale Solidarität gegenüber der Aggression und den Völkerrechtsbrüchen des Iraks stellt niemand in Zweifel.

Wir Sozialdemokraten sind nicht nur für die Einhaltung, sondern sogar für eine Verschärfung des internationalen Drucks auf den Irak zur Durchsetzung der vom UNO-Sicherheitsrat gefaßten Beschlüsse. Diese zwingen die Bundesregierung aber nicht, in der Geiselfrage derart lenkdenkhaft zu agieren.

In der deutschen Öffentlichkeit ist insbesondere durch die Art, in der der Bundeskanzler die Reise Willy Brandt's in den Irak zu behindern versucht hat, nicht zu unrecht der Eindruck entstanden, der Bundesregierung sei es wichtiger, in Washington einmal mehr die Rolle des Müsterschülers zu spielen, als sich energisch für die vom Irak als Geiseln festgehaltenen deutschen Bürger einzusetzen.

Das ist aber noch nicht alles. Die Wirklichkeit sieht noch trauriger aus: Die Bundesregierung wagt nicht, ihren Handlungsspielraum in der Geisel-Frage - Frankreich hat alle seine Geiseln rausgeholt, ohne daß es eine laute amerikanische Kritik gegeben hätte - auszuschöpfen, weil sie weiß, daß sie von den USA wegen ihrer nicht nur laschen, sondern geradezu verantwortungslosen Haltung in Sachen Waffenexporte in den Nahen Osten jederzeit international vorgeführt werden könnte.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit recycelten Altpapieren  
Kunststoff-Paket



Erinnern wir uns: Die Vorwürfe, daß von deutschen Unternehmen unter Verletzung internationalen und nationalen Rechts der Irak mit Waffen- und Rüstungsgütern, unter anderem für die Produktion von Raketen und von Giftgas beliefert wird, sind alt. Die Bundesregierung ist diesen Vorwürfen nie ernsthaft nachgegangen, sie hat sie so hingenommen wie die Beteiligung deutscher Firmen an der Errichtung einer Giftgasproduktion in Libyen. Im Rabta-Fall waren das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt sowohl vom deutschen Botschafter in Moskau wie von amerikanischer Seite in eindeutiger Weise auf diese Tatbestände hingewiesen worden, auch darauf, daß eine bundeseigene Firma beteiligt sei. Getan wurde überhaupt nichts. Der U-Boot-Untersuchungsausschuß hat darüber hinaus gezeigt, daß die Bundesregierung bei dieser augenzwinkernden Duldung politisch unverantwortlicher und gesetzeswidriger Waffenexports nicht stehen geblieben ist, sondern - jedenfalls in diesem Falle - ihn mit gefördert hat. Das verheerende Ergebnis dieses Versagens der Bundesregierung hat uns das ZDF vor einigen Tagen in einer Sendung "tödlicher Bumerang" drastisch vor Augen geführt.

Gelernt haben die Bundesregierung und die Koalition aus allen diesen schlimmen Versagen immer noch nicht viel. Zur Beruhigung der internationalen und vor allem der amerikanischen Öffentlichkeit hat sie zwar nach dem Rabta-Skandal ein Gesetz zur Verschärfung der einschlägigen Vorschriften über Waffenexporte im Bundestag eingebracht - nachdem sie den von uns vor Jahren eingebrachten viel weitergehenden Gesetzesentwurf bis dahin wiederholt abgelehnt hatte. Im Parlament hat die Koalition aber selbst ihren eigenen Entwurf noch weiter verwässert. Erst durch die Mehrheit der SPD-geführten Länder im Bundesrat wurde sie gezwungen, wenigstens diese Verwässerung rückgängig zu machen.

Daß sich ausgerechnet eine Bundesregierung, die in Sachen Waffenexport derart gegen die internationale Solidarität verstoßen hat, nun für ihre Lahmheit in der Geiselfrage auf die internationale Solidarität beruft, kann nur als zynisch bezeichnet werden.

Nein, die Bundesregierung kneift in der Geisel-Frage - auf Kosten unserer Mitbürger - weil sie in Sachen Waffen-Export in peinlicher Weise international vorführbar ist. Auch im internationalen Rahmen muß sich diese Regierungskoalition endlich darüber klar werden, daß es für die Gewinnmaxime moralische und politische Grenzen gibt.

Leider ist auch das noch nicht alles, wenn man die größeren Zusammenhänge betrachtet. Die selbe Bundesregierung, die die Lieferung von Giftgasproduktionsanlagen an Libyen und an den Irak nicht unterbunden hat, liefert anschließend Gasmasken an Saudi-Arabien und dann möchte der Bundeskanzler am liebsten auch noch deutsche Wehrpflichtige an den Golf schicken, die dort im Ernstfall - wie ihre Kameraden aus anderen westlichen Armeen, gegen Waffen deutscher Produktion, leider aber auch gegen Waffen aus anderen westlichen Ländern zu kämpfen hätten. Das ist keine Politik, das ist Wahnsinn.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Erhaltung des Friedens im Nahen und Mittleren Osten etwas mehr einfallen zu lassen, als die Entsendung deutscher Soldaten in das Krisengebiet. Entspannung und Friedenspolitik sind heute im weltweiten Interesse des Überlebens unteilbar. Man kann sie nicht in Europa - auf den Spuren Willy Brandt's wandelnd - verwirklichen, gleichzeitig aber die Welt im Nahen Osten in einen Krieg mit Massenvernichtungswaffen schliddern lassen. Das ist keine internationale Solidarität, sondern sträflicher Leichtsinngemischt mit Feigheit vor dem Freund.

Um Schaden vom deutschen Volk zu wenden, haben Bundeskanzler und Bundesaußenminister die Pflicht - Wahlkampf hin, Wahlkampf her - auch in der Nah-Ost-Politik den Spuren Willy Brandt's zu folgen, so wie sie nun endlich in der europäischen Sicherheitspolitik gemeinsam seinem Vorbild gefolgt sind. Träume von einer deutschen Weltmachtrolle können nur Verrückte träumen.

Die wahre Aufgabe des vereinten Deutschland ist es, Oskar Lafontaine hat es heute morgen in anderem Zusammenhang im Bundestag schon gesagt, dem Frieden und der Einheit Europas und dem Frieden und der Zusammenarbeit in der Welt zu dienen.

(-/15.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Gemeinsam an der Fortentwicklung der Gesellschaft arbeiten**  
**Zur Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vor 100 Jahren**

**Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD**

In unserer Demokratie ist es selbstverständlich, daß Gewerkschaften nicht nur die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Interessen ihrer Mitglieder, sondern ganz allgemein deren Belange vertreten. Der Grundstein dafür wurde vor 100 Jahren mit der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gelegt. Mit ihr schufen sich die freien Gewerkschaften eine organisatorische Plattform für ihre entsprechenden Aktivitäten. Die ersten Jahre der Generalkommission fallen zusammen mit dem Aufstieg der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur anerkannten und durchsetzungsfähigen Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Sie markieren gleichzeitig einen wichtigen Abschnitt für das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie. Mit dem Mannheimer Abkommen von 1906 erkannten sie sich als gleichberechtigte und eigenverantwortliche Partner an. Daraus entwickelte sich ein Verhältnis, das bis in die heutige Zeit Bestand hat.

Die Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vor 100 Jahren ist ein guter Anlaß, sich zu vergegenwärtigen: Parteien und Gewerkschaften haben je ihre eigene Verantwortung, die wir gegenseitig respektieren. Aber wir haben die gleichen Wurzeln, die gleiche Geschichte und wir haben in den meisten Fragen und Feldern dieselben Ziele. Daran hat auch der Übergang zur Einheitsgewerkschaft nach der NS-Gewaltherrschaft nichts geändert. Auch wenn wir in einzelnen Fragen gelegentlich unterschiedlicher Meinung waren und auch sein werden: Die wichtigsten Ziele erreichen Gewerkschaften und SPD gemeinsam oder gar nicht. Deshalb werden wir auch in Zukunft gemeinsam für ein Höchstmaß an Freiheit, für Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen. Und deshalb werden wir auch weiter gemeinsam an der Fortentwicklung unserer Gesellschaft arbeiten. Das erfordert Mut. Mut zum Umbau und Mut zu neuem Denken. Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben ihn oft genug unter Beweis gestellt.

(-/15.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **"... gleichzeitig war er ein meisterhafter politischer Agitator"**

#### **Hermann Scheer zum Bundestags-Abschied von Egon Bahr**

Dieser Tage verabschiedete sich der "Architekt" der Brandt'schen Ostpolitik, Egon Bahr, von den Mitgliedern des bis dahin von ihm geleiteten Bundestagsausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle, von seinen engsten Mitarbeitern und befreundeten Journalisten. Der SPD-Obmann in diesem Ausschuß, Dr. Hermann Scheer, würdigte die politische Arbeit Bahrs. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.

Nach 18 Jahren Bundestag und zehnjähriger Wirkung als Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages scheidet Egon Bahr mit Ende der Legislaturperiode aus dem Bundestag aus. Von diesen 18 Jahren war er eigentlich lediglich zehn vorwiegend parlamentarisch tätig, denn von 1972 bis 1976 war er Bundesminister und dann bis Anfang 1981 Bundesgeschäftsführer der SPD. Mit Beginn der 1980 beginnenden Legislaturperiode wurde er Vorsitzender des Unterausschusses und konzentrierte sein Wirken auf die Abrüstung. War er in den 60er und 70er Jahren der Ostpolitiker, so war er in den 80er Jahren der Abrüstungspolitiker. Aber beide Eigenschaften bezogen sich auf dasselbe Thema: Die mit der Deutschen Frage eng zusammenhängende Friedenspolitik, um aus dem Weltkrisenherd Deutschland in der Phase des Kalten Krieges das zu erreichen, was ein lebenslanges politisches Credo war; daß auf deutschem Boden nie wieder Krieg stattfinden darf. Nur ganz wenigen ist es in ihrem politischen Leben vergönnt, ein solches Credo nicht nur formuliert zu haben, sondern diese Formulierung zum Allgemeingut werden zu lassen und auch noch in einem Vertrag festzuhalten, der ein Markstein der Entspannungspolitik auf dem Weg zur deutschen Einigung war: der Grundlagenvertrag von 1972.

Egon Bahr hat die deutsche Friedenspolitik maßgeblich geprägt und ihr seinen persönlichen methodischen Stempel aufgedrückt: In einer hoch emotionsgeladenen deutschen Lage - durch politische und ideologische Spaltung, durch 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene, in einer psychologischen Situation also, in der die beiden deutschen Staaten den Charakter einer Wehrfestung hatten, in der in besonderem Maße Kalte Kriegsmentalitäten gedeihen - mit pragmatischer Vernunft langgestreckte strategische Ziele ausdauernd zu verfolgen. Die große kulturelle Leistung der deutschen Entspannungspolitik, wie sie 1969 eingeleitet wurde, bestand darin, ausgerechnet in einer solchen psychologischen Situation im deutschen Volk ein entspannungspolitisches Bewußtsein zu verankern, das sich - nach den bestandenen innenpolitischen Kämpfen um die neue Ostpolitik - nach einigen Jahren in der gesamten parteipolitischen Landschaft in Deutschland niederschlug.

Ohne diese Verankerung wäre es undenkbar gewesen, daß wir heute einen nahtlosen internationalen und nationalen Übergang zur deutschen Einheit erleben durften - ein Ziel, das Egon Bahr (allen Schmäh- und Unkenrufen zum Trotz) niemals aus dem Auge verlor. Ich erinnere mich noch gut eines Satzes von Egon Bahr, irgendwann in den 70er Jahren gegenüber einem französischen Journalisten ausgesprochen: "Wenn ihnen ein Deutscher sagt, er denkt nicht mehr an die Vereinigung, dann ist er entweder ein Dummkopf oder ein Lügner."

Das Abrüstungsengagement von Egon Bahr in den 80er Jahren war eine logische Konsequenz der Ostpolitik der 60er und 70er Jahre. Wir erlebten vor 1980 eine politische Entspannung, aber keine militärische Entspannung. Die amerikanische Entspannungspolitik hatte in jener Zeit einen anderen Akzent: Sie war der Versuch einer militärischen Entspannung auf dem Sektor nuklearer Waffen, aber weniger eine politische Entspannung. Es ging darum, generell politische und militärische Entspannung durch Abrüstungspolitik zu synchronisieren. Weil dies in den 70er Jahren nicht gelang, wurden die 80er Jahre - vor allem ihre erste Hälfte - eine Phase eines neu entbrannten Kalten Krieges, neuer Hochrüstung und versäuerter bezie-

hungsweise verspielter Chancen in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die 80er Jahre haben nicht nur den ökonomischen Kollaps der Sowjetunion endgültig programmiert, sie haben auch die USA in eine ruinöse wirtschaftliche Lage gebracht, die uns allen noch viel Kopfzerbrechen bereiten wird.

Egon Bahr hat die zwingende Notwendigkeit einer militärischen Entspannung von Anfang an erkannt: 1974 machte er dem neugewählten Bundeskanzler Helmut Schmidt das Angebot, sich um die gerade begonnenen MBFR-Verhandlungen genauso konzentriert zu kümmern wie zuvor um die Ostpolitik. Es ist nicht nur eine persönliche politische Erfahrung von Egon Bahr, daß in einer strategischen Umbruchsituation zu viele Köche den Brei verderben können. Es ist ein Erfolgsrezept der Ostpolitik gewesen, daß - getragen vom Ziel der Bundesregierung mit voller Rückendeckung des Kanzlers - bei einem Mann, der die Verhandlungen führte, die Fäden zusammenliefen. In der Abrüstungspolitik gab es keine vergleichbare Gestaltungsstruktur, und in der Zeit weltwirtschaftlicher Krisen nach 1973 lag das Hauptaugenmerk der Regierung nicht bei der zielsträbigen Konstruktion einer Abrüstungspolitik - obwohl das Jahr 1975 mit der KSZE-Vereinbarung ein günstiger Zeitpunkt war. Die Folge war, daß die zweite Hälfte der 70er Jahre für die Abrüstung ausfielen.

Viele Köche verderben den Brei - diese Erkenntnis schlug sich natürlich auch oft in der Handlungsweise Egon Bahrs nieder. Viele gewannen den Eindruck, daß er eigenbrödlerrisch voring; daß er oft operative Absichten verfolgte, die anderen verborgen blieben; daß er mit der klassischen Kabinettsdiplomatie gekonnt hantierte, zu deren Erfolgsgeheimnis gehört, bestimmte Absichten für sich zu behalten und andere im unklaren zu lassen. Als Geheimrat wurde er gelegentlich etikettiert - ein SPD-Vorstandsmitglied sagte einmal in den 70er Jahren, als Egon Bahr Bundesgeschäftsführer war, daß er am liebsten die gesamte SPD in den Panzerschrank stecken würde und niemand anderen mehr heranlassen möchte.

Sicher ist der Panzerschrank von Egon Bahr voll von interessanten und bisher unbekanntem Dokumenten und ganz sicher würde seine Autobiographie auf die - im Gegensatz zu manchen anderen veröffentlichten - höchstes Interesse angemeldet werden darf, manches Überraschende hervorbringen. Aber dennoch beschreiben die teils bewundernd, teils kritisch - oder auch bewundernd kritisch - gemeinten Etiketten nur einen Teil der politischen Handwerkskunst von Egon Bahr. Natürlich konnte er verschwiegen sein, was viele an ihm schätzten und andere ärgerte, aber gleichzeitig war er ein meisterhafter publizistischer Gestalter und politischer Agitator, der mit einprägsamen Begriffen Strategien verallgemeinern und politische Bewegungen stimulieren konnte - Begriffe, die auf offenen Konflikt mit herkömmlicher Politik angelegt waren, wenn dieser Konflikt zum Aufbrechen alter Strukturen notwendig war; Begriffe, an denen sich die Geister schieden, die Unterstützung der Öffentlichkeit mobilisierten und politische Gegner zum Schäumen brachten; Begriffe, die gleichwohl nicht willkürlich gewählt waren, sondern ein überlegtes strategisches Konzept in wenigen Worten allgemeinverständlich zum Ausdruck brachten.

Dazu gehörte 1973 die Formel vom "Wandel durch Annäherung", die die Wogen hochgehen ließ und zum programmatischen Kürzel der neuen Ostpolitik wurde. 1977 fiel zu den Neutronenwaffen das Wort von der "Perversion des Denkens" - und diese Worte führten schlagartig dazu, daß die Öffentlichkeit aufgeweckt wurde und diese atomare Waffenkategorie in der deutschen Öffentlichkeit nahezu tabuisierte - so, daß kaum noch einer wagte, sich offen dafür aus

zusprechen, obwohl es viele gerne getan hätten. Der Satz von der 'gemeinsamen Sicherheit' mit samt seiner umfassenden Sinnbedeutung hat schließlich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die neue politische Strategie der östlichen Supermacht beeinflusst und den Weg zur Überwindung der Blöcke in Europa ebnen helfen. Er wurde zur sozialdemokratischen, zur deutschen und sowjetischen, zur gesamt europäischen Maxime, die mit der Abrüstung beginnt und doch die gesamte Politik erfassen muß. Es gibt noch mehr Leitsätze von Egon Bahr, die noch nicht Realität geworden sind - und für die es sich zu streiten lohnt. Ich meine zum Beispiel den von der 'Abrüstung aller Atomwaffen auf Territorien der Länder, die nicht selbst darüber verfügen' - als notwendiger Zwischenschritt auf einem Weg in eine atomwaffenfreie Welt in einer nachatomaren Weltordnung.

Es war die Gefahr der vollständigen deutschen Selbsterstörung und einer atomaren Selbstvernichtung der Menschheit, die Egon Bahr befürchtet und abzuwenden versucht hat. Dazu war es nötig, mit höchster Umsicht und Vorsicht Emotionen zu bändigen, ohne diese zu verlieren. Gleichzeitig hat Egon Bahr stets einen ehernen Grundsatz deutscher Außen- und Friedenspolitik verfolgt, gehegt, gepflegt und immer neu befruchtet: das Verhältnis zu Russland beziehungsweise zur Sowjetunion.

In einer Zeit, in der es jemanden gibt, der sich gerne in die Kontinuität Bismarcks stellen läßt, möchte ich diesen Grundsatz Egon Bahrs in eine außenpolitische Kontinuität mit Gustav Stresemann stellen. Egon Bahr war zwar nie Außenminister, die Koalitionsarithmetik stand dagegen, aber niemand bezweifelt, daß er dies hätte sein können. Stresemann hat 1925 im Zusammenhang mit dem Locarno-Pakt, der den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund regelte, mit der Sowjetunion den Berliner Vertrag unterzeichnet, der der Sowjetunion Sicherheitsgarantien gegenüber Deutschland zusicherte. Das Prinzip des friedlichen Miteinanders mit dem großen Nachbarn im Osten, ohne daß dies gegen andere gerichtet ist und bei Integration der Deutschen in die Völkergemeinschaft, hat Egon Bahr mit allen Regeln klassischer, diskreter und moderner massenwirksamer Außenpolitik verfolgt. Alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben, haben viel gelernt - an Präzision im politischen Denken, in der Art, verbindlich und höflich direkte und unverblühte Worte zu sagen - politisch, wie auch persönlich.

Jeder Politiker hat eine stille Liebe zu einem bestimmten konfliktfreien bürgerlichen Beruf, den er eigentlich mehr schätzt als seine politische Tätigkeit. Von Strauß ging das on dit herum, daß er als Ministerpräsident von Bayern gesagt habe: 'Stadtschulrat von München hätte ich auch noch werden können' - als Inbegriff eines seriösen, anständigen Berufes.

Egon Bahr wollte einmal Pianist werden - aber es war ihm nicht vergönnt. Vielleicht wäre es auch für ihn selbst gar nicht gut gewesen, denn er war nie nur Interpret - auch nicht als Journalist - sondern mehr Gestalter. In der Ost- und Abrüstungspolitik war er Komponist und zeitweise auch Dirigent. Stücke, die er politisch komponiert hat, werden noch lange gespielt werden.

(-/15.11.1990/rs/fr/ks)

\*\*\*\*\*